



**UNS BRENNT
DER KITTEL!**



lieber nicht

KRANK

in karlsruhe

16.03.2013: „Überraschendes Bekenntnis von Kanzlerin Merkel: „Es gibt so viele Menschen, die härtere Belastungen als ich tragen, wenn ich nur sehe, was Pflegerinnen und Pfleger in Altenheimen oder Krankenhäusern leisten, die oft über Jahrzehnte mit Menschen in Notsituationen arbeiten,“ sagte sie BILD der FRAU.

Deutschlands härtester Job?

Für ihren Dienst bekommt die Kanzlerin knapp 21 000 Euro Monatsgehalt – mehr als das Achtfache einer ausgebildeten Altenpflegerin (5 Berufsjahre, 2481 Euro brutto).

Die knapp eine Million Alten-



auch nachts. Ein Knochenjob: Patienten heben, waschen, anziehen, Windeln wechseln. Aber nicht nur das: Hände halten,

Schmerzen lindern, Tränen trocken, das tun Pfleger jeden Tag.

Sie müssen das Leid ihrer Patienten ganz nah an sich heran lassen. Und laufen Gefahr, sich davon aufzehren zu lassen. Von den Pflegekräften in Deutschland gehen überdurchschnittlich viele vorzeitig in Ruhestand, oft mit Abschlägen bei der gesetzlichen Rente.“

Wie wär's denn mit mit KONSEQUENZEN?

Unglaublich! Es geht auch anders!

Während viele glauben, dass eine bessere Versorgung im Gesundheitswesen und bessere Bezahlung für Beschäftigte einfach unrealistisch seien, ist in anderen Ländern eine kostenlose medizinische Versorgung und Pflege als kommunale Aufgabe schon längst Wirklichkeit!

Auch die Gesundheitsversorgung der Menschen in Karlsruhe ist eigentlich kein reines „Privatvergnügen“, sondern ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dass hier großer Mangel herrscht, wissen die Verantwortlichen schon lange. Doch statt Krankenstationen und Pflege mit gut ausgebildetem und gut be-

zahltem Personal sowie fachgerechter Einrichtung auszustatten, geht es nur noch um Sparzwänge und Wettbewerb. Gesundheit wird wie eine Ware gehandelt, die sich manche eben leisten können und andere nicht. Leidtragende sind PatientInnen, Beschäftigte und Angehörige.

Fortsetzung auf der Rückseite

ENDLICH: Bundestag beschließt Pflegenotstandsgesetz

(Berlin) So konnte es nicht weitergehen: Seit Monaten häufen sich in Deutschlands Kliniken und Pflegeheimen die Todesfälle aufgrund mangelhafter Pflege.

Nachdem die chinesische Regierung es abgelehnt hat, 4.000 Kranken- und Pflegekräfte in die Bundesrepublik zu entsenden, sah sich Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (Privatpatient) zur Vorlage einer Reihe von Notstandsgesetzen gezwungen. Diese beschloss der Bundestag in großer Mehrheit.

Folgende Gesetze treten damit sofort in Kraft:

- Die ärztliche Versorgung von Leistungsträgern der Gesellschaft hat absolute Priorität. Alle ausgebildeten Pflegefachkräfte, sofern sie nicht bereits ihren Beruf ausüben, werden daher in die privaten Krankenhäuser, Heime und ambulanten Dienste abkommandiert. Eine Befreiung von der 48-Stunden-Notstands-Woche kann nur bei eigener schwerer Erkrankung oder Unabkömmlichkeit im zur Zeit ausgeübten Fremd-Beruf gewährt werden.

- Zur Unterstützung der Fachkräfte wird eine zwei-jährige Pflegepflicht für Schulabgänger sowie für Rentner zwischen dem 60sten und dem 70sten Lebensjahr eingeführt. Wer eigene Angehörigen versorgt, kann eine Teilzeitpflicht beantragen.

- Alle Einrichtungen des Gesundheitswesens werden direkt dem Verteidigungsministerium unterstellt. Ein gesonderter Pflegesold wird eingeführt. Gewerkschaftliche Organisation sowie Arbeitskämpfe sind nicht erlaubt.



Wir, Beschäftigte im Gesundheitswesen und andere Interessierte, haben in Karlsruhe im Juli 2012 das „Bündnis solidarischer Gesundheitswesen“ gegründet. Wir wollen ein starkes Aktionsnetzwerk von und mit Beschäftigten im Gesundheitswesen, PatientInnen und Angehörigen aufbauen.

Unsere Ziele sind:

- Solidarität unter den Beschäftigten im Gesundheitswesen
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Einblicke über Hintergründe der Machtstrukturen ermöglichen
- Zukunftsmodelle diskutieren
- in die öffentliche Diskussion über das Gesundheitssystem in Karlsruhe und darüber hinaus eingreifen



Das Bündnis solidarischer Gesundheitswesen Karlsruhe

lädt alle Interessierten herzlich ein zum nächsten

Treffen:

Montag, den 17. Juni 2013 um 19:30 Uhr

bei ver.di
Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald,
Rüppurer Straße 1a
76137 Karlsruhe

V.i.S.d.P. Bündnis solidarischer Gesundheitswesen
c/o Steinstraße 23, 76133 Karlsruhe



Ein Wintertag ...

Um 4:45 Uhr rattern zwei Wecker. Der Wetterbericht hatte zweistellige Minusgrade vorhergesagt und wirklich glänzt es draußen verdächtig. Im Badezimmer ist es kalt, die Zentralheizung hat noch Nachtruhe. Nach dem Eiskratzen und Schloss-Aufföhnen schlittere ich über noch glatte Nebenstraßen (ein Glück, ich habe noch Platz zum Rutschen, es ist wenig Verkehr) zur Arbeit. Dort werden gerade die Dienstwagen freigekratzt. Ich mache mit und fahre dann zu meinem ersten Patienten. Er empfängt mich mit den Worten: „Sie sind aber spät heute, so geht das aber nicht. Wir hatten viel früher vereinbart.“ Ich liebe die täglichen Herausforderungen und denke mir an diesem Morgen: Bald stöhnst du wieder über die Sommerhitze – mach das Beste draus. ag

Fortsetzung von Seite 1

Gerade Pflegearbeit wird in Deutschland zur Zeit Angehörigen bis zu deren finanzieller und persönlicher Erschöpfung aufgebürdet. Die Regeln, nach denen das geschehen soll, sind bis ins Kleinste staatlich bestimmt, während die finanziellen Risiken alleine die Einrichtungen und Pflegebedürftigen tragen müssen. Ein anderes Gesundheits-

system aber ist möglich, in dem alle Menschen genau die Leistungen erhalten, die sie brauchen, und zwar die bestmöglichen - unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Alter und Herkunft.

Um dahin zu kommen, dürfen Gesundheitsleistungen nicht weiter privatisiert werden und wo bereits privatisiert ist, muss dieses rückgängig gemacht werden!

Gefährliche „Krankenhauskeime“ (MRSA) und Pflegenotstand

Schätzungen zufolge infizieren sich jährlich etwa 500.000 KrankenhauspatientInnen mit dem lebensbedrohlichen MRSA-Erreger. Dieser kann schwere Infektionen an verschiedenen Organen hervorrufen. Bis zu 15.000 Menschen sterben jedes Jahr an diesen Erregern. Betroffen sind immunschwache Menschen, also häufig Schwerkranke, Ältere und Säuglinge. Die Dunkelziffer in Pflegeheimen, Arztpraxen und ambulanten Dien-

sten ist unbekannt. Sicher ist allerdings, dass sich der Keim durch fehlen-

cken sollen, werden definitiv weniger desinfiziert. Zeitnot peitscht die Pflegenden durch den Arbeitstag und ungewollt tragen sie zur Verbreitung der MRSA-Erreger bei. Zudem werden Hygienefachkräfte nicht ausreichend geschult und aus Sparmaßnahmen nur auf dem Papier eingesetzt. Das Gleiche gilt auch für das Reinigungspersonal.



So kommt es, dass der Keim überlebt, aber eben der Patient nicht. Und im übertragenen Sinne das Pflegepersonal auch nicht.

des Personal massiv ausbreitet. Hände, die nicht wissen, wo sie zuerst zupa-

In einem kommunalen Gesundheitssystem kann es nicht um finanziellen Gewinn gehen, deshalb dürfen auf längere Sicht auch Medikamente, medizinische Geräte oder andere benötigte Dinge nicht unter „profitablen“ Gesichtspunkten hergestellt und angeboten werden. Dann ließe sich sogar richtig sparen. Ein solidarisches Gesundheitssystem, das sich an

den Bedürfnissen von PatientInnen, ÄrztInnen, Pflegepersonal und Angehörigen ausrichtet, bedarf also einer anderen Finanzierung. Aber auch einer demokratischen und sozial gerechten Struktur!

In Karlsruhe wie überall gibt es krankmachende Faktoren in der Arbeitswelt, in der Familie und der Umwelt. Es gehört auch zur Gesundheitsversorgung, solche Be-

dingungen zu finden und zu verändern.

Wir wünschen uns, dass alle Beteiligten einbezogen werden, wenn es in Karlsruhe um die Gestaltung des Gesundheitswesens geht. Was mit den Menschen passiert, wenn sie ins Krankenhaus kommen oder pflegebedürftig werden - oder auch, wie alle gesund bleiben können -, geht doch alle etwas an.

Das Gesundheitssystem ist krank - ein Intensivpfleger berichtet

Ich bin Fachkrankenpfleger für Anästhesie und Intensivpflege. Meine Ausbildung hat fünf Jahre gedauert und war sehr umfassend. Ich arbeite zum Teil zwölf Tage am Stück im Schichtdienst (inklusive Nachtdienst) und habe keine gesicherten Pausenzeiten. Auch juristisch trage ich eine große Mitverantwortung für „Leib und Leben“ meiner Patienten. Meine Familie und mich kann ich mit einem Netto verdienst von 1800 Euro beglücken. Dieses Gehalt bekomme ich auch nur, weil ich zu den Glücklichen gehöre, die noch nach TVÖD bezahlt werden! Früher habe ich guten Gewissens in meinem Beruf gearbeitet. Eine größtenteils gute und sichere Versorgung der Patienten war auch unter oft schwierigen Verhältnissen möglich. Die Zeiten haben sich aber geändert. Unser Gesundheitssystem muss sich heute nur noch „rechnen“, die Einführung des Fallpauschalen-Systems und der „freie Wettbewerb“ zwischen den

Kliniken führt, wie abzusehen war, zu unhaltbaren Zuständen.

Heute stehen betriebswirtschaftliche Kriterien im Vordergrund, das Wohl des Patienten rückt immer mehr in den Hintergrund.

Früher hätte man im Sinne der Patienten auf manche Maßnahmen und Eingriffe verzichtet. Heute wird alles getan, was Geld für die Klinik bringt. Nachfolgende Komplikationen werden aufgrund des Mangels an Pflegepersonal oft nicht rechtzeitig erkannt, Patienten werden zu früh verlegt oder entlassen. Werden sie dann wieder krank – damit lässt sich trefflich wirtschaften.

Gegen den offensichtlichen und gefährlichen Pflegepersonal unternimmt man nichts. Die Situation des Pflegepersonals wird eher immer schlechter: Es werden überwiegend befristete Verträge gegeben, unabhängig von Fachkompetenz, Engagement und Bedarf. Die Beschäftigten müssen massiv Überstunden leis-

ten, unplanmäßig und kurzfristig an freien Tagen oder nach Überschreiten von Stundenhöchstgrenzen.

Man mutet uns regelmäßige zu, dass wir gegen unseren Willen und unsere Profession PatientInnen gefährden. Durch einen Mangel an Pflege- und Hygienefachkräften sind große Probleme mit der Hygiene in Gesundheitseinrichtungen entstanden.

In Deutschland. Auch in Ihrer Stadt. Jeden Tag. Deutsche Kliniken sind zu gefährlichen Orten geworden. Warum? Weil sich einer der reichsten Staaten Europas offensichtlich kein Gesundheitssystem mehr leisten möchte, das für die Menschen da ist und nicht umgekehrt.

So ein Gesundheitssystem kostet Geld. Es ist die Frage, ob die Prioritäten weiter so gesetzt werden wie heute. Haben die Steuerzahler es nicht in der Hand, wo sie Prioritäten setzen? Ein Intensivpfleger aus Baden Württemberg

Stell Dir vor ...

- Du hast Schmerzen und keiner gibt Dir Tabletten oder tröstet Dich.
- Du musst dringend aufs Klo und niemand hilft Dir.
- Dein Verband ist durchgeblutet und niemand kommt um ihn zu wechseln
- Du verhungerst vor vollem Teller, weil Du den Löffel nicht zum Mund bringst.
- Du nimmst die falschen Tabletten, weil Dir niemand sagt, welches die Richtigen sind.
- Du kannst Dich weder bewegen noch sprechen und wirst wie ein gefühlloser Gegenstand behandelt.
- Du kannst Dich nachts nicht auf die andere Seite drehen und niemand kommt um Dir zu helfen
- Du stirbst und niemand bemerkt es.

Das und noch vieles mehr ist: Pflegenotstand